

Martin Schulz, Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

Vielen Dank. – Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gar nicht damit gerechnet, so schnell ans Rednerpult zu kommen. Ihr seid ja eine schnelle Gewerkschaft.

(Beifall)

Ich darf mich bei euch für die Einladung herzlich bedanken. Ich darf mich herzlich bedanken für die Gelegenheit, zu euch, zu Ihnen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sprechen zu dürfen. Ich spreche als Vorsitzender einer 220-köpfigen Fraktion im Europäischen Parlament, mit Abgeordneten aus 25 – leider nicht 27, sondern nur 25 – Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Tatsache, dass wir aus zwei Ländern keine Abgeordneten haben, ist auch ein signifikanter Vorgang für die Europäische Union. Wir haben ein Defizit in Lettland und eines in Zypern.

Ich will vielleicht einmal die Situation in Europa erklären. Warum haben wir dort keine Abgeordneten? In Lettland haben wir vier sozialdemokratische Parteien, die alle gegeneinander kandidieren. Zusammen hätten sie 18 % und zwei Sitze. So scheitern sie alle vier gemeinschaftlich an der 5%-Hürde. In Zypern gibt es eine 10%-Hürde. Da hat unsere Kollegin, die dort kandidiert, 10,1 % bekommen. Sie hat aber keinen Sitz bekommen, weil die Regierung entschieden hat, dass der letzte Sitz an eine Regierungspartei geht und nicht an uns. Dagegen haben wir vor dem Verfassungsgericht geklagt. Aber wie es halt so ist: Wir erwarten das Urteil pünktlich zum Ende der Wahlperiode. So ist es halt.

Also, wir haben 220 Abgeordnete aus 25 Ländern. Unsere Aufgabe, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir als Linke im Europäischen Parlament empfinden, ist eigentlich einfach zu beschreiben: Europa ist eine faszinierende Idee. Aber Europa wird schlecht regiert. Es wird Zeit, dass die Art und Weise, wie in Europa regiert wird, sowohl im Rat der Europäischen Union, im Ministerrat, als auch in der Kommission verändert wird. Was wir brauchen – ich sage das unumwunden -, ist: Europa muss nach links geschoben werden, denn es wird rechts und konservativ regiert und in die falsche Richtung geführt. Das ist das große Problem der Europäischen Union in der heutigen Zeit.

(Beifall)

Wir haben es in der Europäischen Union mit 20 konservativen und liberalen Regierungen zu tun. Konservative und liberale Regierungschefs schicken keine linksorientierten Kommissarinnen und Kommissare nach Brüssel. Wir haben es unter der Führung eines liberal-konservativen Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, damit zu tun, dass diese Europäische Kommission in den letzten fünf Jahren massiv daran mitgearbeitet hat, das zu ermöglichen, worunter wir alle leiden: unter Bedingungen, die uns allen - Ihnen, den Gewerkschaften, uns, den Politikern – das Leben schwermachen, nämlich einer Umkehrung des Erfolgsmodells, auf dem Europa über einen langen Zeitraum aufgebaut worden ist, die politische und ideologische Umkehrung eines Modells, das darin bestand, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Überlegung zur Gestaltung des Wirtschaftsraums in Europa die war, dass der ökonomische Fortschritt immer gekoppelt sein muss an ein Mehr an sozialer Sicherheit.

Das war auch der Grund, warum die Menschen Europa eigentlich akzeptiert haben. Sie wussten, es gibt den Markt. Aber der Markt ist kein Selbstzweck. Es gibt den Markt, und es gibt wirtschaftliches Wachstum, damit der Effekt aus dem wirtschaftlichen Wachstum genutzt wird, um mehr soziale Stabilität, mehr Teilhabe, mehr Einkommen, mehr Bildung und mehr Mitbestimmung zu ermöglichen. Das ist auch das Europa, das wir wollen. Klar, brauchen wir internationale Wettbewerbsfähigkeit, aber nicht zur hemmungslosen Bereicherung weniger, sondern zur Wohlfahrt der breiten Schichten in Europa. Das ist der entscheidende Punkt, warum wir Europa wollen.

(Beifall)

Ich bin seit vierzehneinhalb Jahren Abgeordneter des Europäischen Parlaments. In den letzten fünf, sechs Jahren habe ich in einer beschleunigten Art und Weise erlebt, wie sich dieser Zustand, wie sich dieses Denken verändert hat, wie junge Männer und Frauen auf den Fluren der Behörden in Brüssel, auch auf den Fluren des Europäischen Parlaments, gerade von der London School of Economics kommend, mit schönen Jobs in der Kommission, Leuten wie mir erzählt haben: Das ist doch alles 19. Jahrhundert, was Sie hier propagieren. Mit dieser Art von Vorstellung kann man doch nicht mehr im 21. Jahrhundert leben. Deren These ließ sich leicht mit einem Satz zusammenfassen: Nicht ökonomischer Fortschritt und soziale Sicherheit sind zwei Seiten der

gleichen Medaille, sondern umgekehrt: weniger Lohn, längere Arbeitszeit, keine Mitbestimmung sind die Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum. Die Ideologie dieser Leute ist Gott sei Dank gescheitert. Das ist eine gute Nachricht in der Serie von schlechten Nachrichten, die wir in den letzten Wochen bekommen haben.

(Beifall)

Ich will hier unverhohlen sagen, dass mir Leute gesagt haben – hochmögliche Mitglieder der Europäischen Kommission, der Binnenmarktkommissar Charly McCreevy z. B., dessen Rücktritt ich gefordert habe. Dazu stehe ich auch. Ich glaube, Barroso sollte diesen Mann mit einer anderen Aufgabe betrauen, einer, der mir vor wenigen Wochen – das ist vielleicht drei, vier Monate her- hat der in einer Parlamentsdebatte gesagt, der Markt regelt sich selbst, und wirtschaftliches Wachstum ist da noch möglich, wo insbesondere die Finanzdienstleistungen ausgebaut werden, wo die Finanzmärkte sich frei entwickeln können. Regen Sie sich doch nicht auf, hat er gesagt.

Was dort an Zuwachs erwirtschaftet wird, das sickert auch schon nach unten durch, auch zu den Arbeitern.“

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht, was bei dem Mann sickert; aber das Geld ist mit Sicherheit nicht nach unten durchgesickert.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Diese Leute haben eine ideologische Hoheit in den letzten Jahren gehabt. Machen wir uns doch nichts vor, die haben auch die Talkshows beherrscht, die haben auch die Leitartikel beherrscht. Deren Inhalte sind von diesen Leuten.

Ich habe vor ziemlich genau vor einem Jahr, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Europaparlament eine Rede gehalten in einer Debatte, in der wir über die sog. Folgen der Globalisierung diskutiert haben. Damals hat von der jetzigen Finanzmarktkrise kein Mensch geredet. Wir redeten über die Folgen der Globalisierung und meine Fraktion hat im Parlament einen Entschließungsantrag eingebracht, den ich begründet habe. In dem haben wir ein paar Forderungen aufgestellt. Diese will ich hier mal wiederholen.

Ich habe vor einem Jahr, im November 2007, im Europaparlament gesagt: „Wir brauchen eine Entkoppelung der Managergehälter von kurzfristigen Spekulationsgewinnen.“ Wenn ich einem Manager sage: „Mach mal eine Milliarde Gewinn, dann sind 5 % davon für dich“, dann macht er die und koste es eine ganze Volkswirtschaft oder 30.000 Arbeitsplätze; der macht die.

Ich habe vor einem Jahr im Europäischen Parlament gesagt: „Wir brauchen Regeln für Ratingagenturen.“ Wer sind eigentlich diese Ratingagenturen, die festsetzen, was ein gesundes und was kein gesundes Unternehmen ist, oder die festsetzen, was eine gesunde und was keine gesunde Volkswirtschaft ist, oder die bestimmen, was ein gutes oder was ein risikofreies oder was ein risikobelastetes Geschäft ist? Auf der Grundlage welcher Regeln arbeiten die eigentlich? Wem gehören die Ratingagenturen eigentlich? Wer steckt dahinter und nach welchen Kriterien bewerten die eigentlich? Wir brauchen also europäische Regeln für Ratingagenturen.

Meine dritte Forderung vor einem Jahr war: „Man muss nicht mit allem spekulieren. Es kann auch bestimmte Spekulationsformen an den Märkten geben, die man verbieten kann.“ Ich frage mich z. B. warum große Banken – das habe ich vor einem Jahr gesagt –, ihren Anlegern raten müssen, in Lebensmitteloptionen zu investieren, weil nirgendwo die Preissteigerungsraten größer sind als im Lebensmittelbereich. Wenn sich Lebensmittel verteuern, dann unter anderem deshalb, weil sie sich verknappen. Wenn sich Lebensmittel verknappen, dann muss derjenige, der an den Effekten ein Interesse hat, durchaus auch ein Interesse an der Verknappung der Lebensmittel haben. Verknappung von Lebensmittel heißt aber Hunger in bestimmten Regionen dieser Erde. Nur wenn der Hunger der einen der Profit der anderen ist, dann ist ein System pervers.

(Starker Beifall)

Und deshalb kann man dann durchaus auch sagen, das kann man verbieten.

Das habe ich im November 2007 gesagt. Dann hat nach mir der Vorsitzende der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments – das ist ein britischer Kollege – gesprochen und er hat seine Rede begonnen mit dem Satz: „Meine Damen und Herren! Sie hörten den Kollegen Schulz, Sie hörten die Stimme der Vergangenheit.“

(Oh!-Rufe)

Jetzt sind wir ein Jahr weiter und ich wiederhole, was ich vor einem Jahr gesagt habe, ist aktueller denn je. Das, was wir brauchen, ist ein Verbot bestimmter Spekulationsarten. Das, was wir brauchen, ist eine Finanzaufsicht, eine Kontrolle der Finanzmärkte nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler, auf europäischer Ebene. Und das, was wir brauchen, ist eine Deckelung von Managergehältern und vor allem ihre Abkoppelung von kurzfristigen Spekulationserfolgen. Es hat sich nichts daran geändert. Ich war nicht die Stimme der Vergangenheit, sondern meine Forderungen sind die absolute Notwendigkeit der Gegenwart! Das ist der entscheidende Punkt in dieser Situation.

(Starker Beifall)

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man auch mal deutlich sagen muss, dass wir viel zu lange zugelassen haben, dass diese Leute gerade auf der europäischen Ebene so viel Platz haben. Deshalb sage ich: Wir brauchen nicht ein Weniger an Regelungen, wir brauchen vielleicht ein Weniger an Regelungen der Kommission, die glaubt, sie müsste noch bis in letzte Detail deregulieren. Man muss doch mal genauer hinschauen: Viele der sog. Regelungen, die aus Brüssel kommen, sind in Wirklichkeit ein Abbau von Schutzregelungen im sozialen Bereich. Das aber brauchen wir nicht, sondern da brauchen wir mehr Regelungen. Das Deregulieren ist auch eine Art der Regelung. Es gibt mir zu viele, die da in Brüssel herumsitzen und die nicht eher Ruhe geben, bis sie alles dem Wettbewerb unterworfen haben. Ich weiß nicht, ob der letzte Kommunalfriedhof noch dem Wettbewerb unterworfen werden muss.

(Heiterkeit)

Aber eines weiß ich: Immer dann, wenn es darum geht, dass wir mehr Regeln für den sozialen Schutz brauchen, dann sind die weg. Und wenn es mehr Regeln zum Abbau von sozialen Schutzstrukturen gibt, dann sind die vorneweg dabei. Nur kriege ich die nicht gebremst, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich kriege die nicht gebremst in der jetzigen politischen Lage und bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen. Wir haben im Europäischen Parlament 220 Sitze. Das sind etwa 27 % der Sitze. Es gibt 20 von 27 Regierungschefs, die aus dem konservativ-liberalen Lager kommen, der sog. Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, also das Gremium, in dem Frau Merkel und auch Herr Sarkozy sitzen. Da sitzt auch so einer wie der Berlusconi drin. Auch der entscheidet über das, was wir hier machen. Gestattet mir deshalb ein Wort zur Rolle des Europäischen Parlaments und zur Rolle der Demokratie und der demokratischen Institutionen in Europa.

Ich bin nicht der beste Freund dieses Mannes und der ist bestimmt auch nicht mein bester Freund. Aber es gibt in Italien einen Zustand, den man mal beschreiben darf und beschreiben muss. Berlusconi ist nämlich der reichste Mann des Landes. Gleichzeitig ist er auch der größte Medienbesitzer dieses Landes oder sagen wir: Er ist der reichste Mann des Landes, weil er der größte Medienbesitzer des Landes ist. Gleichzeitig ist er der mächtigste Mann des Landes, weil er der Regierungschef ist.

So vereint sich in einer Hand die größtmögliche ökonomische, die größtmögliche mediale und die größtmögliche politische Macht, wobei man nicht recht weiß, als was er denn gerade handelt: Handelt er gerade als Regierungschef, gerade als Unternehmer oder gerade als Medienzar?

Nur glaube ich, wenn die größte ökonomische, die größte mediale und die größte politische Macht in einer Hand vereint sind, dann ist das nicht gut für die Demokratie. Und deshalb glaube ich, dass man solche Leute auf der internationalen Ebene fragen muss: „Was machen Sie denn eigentlich?“

(Beifall)

Denn der sitzt ja nicht nur im Europäischen Rat, der sitzt auch nicht nur in seiner Regierungszentrale in Rom, sondern auch im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs.

Man darf eines ja mal öffentlich sagen: Als die KirchMedia-Gruppe in Deutschland in Konkurs ging, standen Pro Sieben und SAT.1 zum Verkauf, zwei der großen Anteile dieser KirchMedia-Gruppe. Der vorletzte Bieter in dem Bieterwettbewerb um diese beiden Teile der Konkursmasse bei Kirch war die Firma Fininvest. Das ist die Medienholding von Silvio Berlusconi.

Stellen wir und einmal vor, er hätte den Zuschlag bekommen; dann hätten wir heute den Zustand, dass der amtierende italienische Ministerpräsident als Medienunternehmer massiv in die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eingreifen könnte.

Das ist nicht die Demokratie, die ich mir in Europa vorstelle. Wenn wir mehr Regeln brauchen, dann z. B. Konzentrationsregeln im Medienbereich oder Regeln für eine Entflechtung von politischer und medialer Macht. Das wäre mal eine Maßnahme, die wir in Brüssel durchsetzen könnten.

(Lebhafter Beifall)

Aber dafür brauche ich Mehrheiten. Ich habe euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gesagt: Da sind 20 konservative Regierungschefs und die haben Macht und die entscheiden. Wie gesagt, einer davon ist Berlusconi. Die schicken keine links gestrickten oder gewerkschaftsorientierten Kommissare nach Brüssel. Die schicken solche Leute wie den Herrn McGreevy oder Frau Kroes, Neelie Kroes. Kaum jemand kennt Neelie Kroes. Tja, das ist schade.

(Heiterkeit)

Diese Kollegin müsste man sich einmal genauer anschauen. Das ist die Wettbewerbskommissarin der EU.

Was macht die eigentlich so? - Wenn z. B. der Präsident einer vetoberechtigten Macht im Weltsicherheitsrat, sagen wir der französische Staatspräsident, einem in Not geratenen französischen Konzern eine Staatsbeihilfe zahlen will, dann muss er nach Brüssel reisen, um sich eine Genehmigung von der Wettbewerbskommissarin geben zu lassen.

Als der deutsche Bundeskanzler bei der Firma Holzmann - ihr erinnert euch - Ähnliches gemacht hat, also durch eine Bundesbürgschaft den Konzern stabilisieren wollte, als dieser in Nöten war - dabei ging es um 10.000 Arbeitsplätze, sowohl in Frankreich als auch bei uns -, musste die deutsche Regierung nach Brüssel fahren und sich eine Genehmigung geben lassen.

Was ist eigentlich eine Exekutive, die einen Genehmigungsvorbehalt gegenüber frei gewählten Regierungen ausüben darf? Das ist eine Regierung. Sie handeln wie eine Regierung. Sie haben im Binnenmarkt auch Macht wie eine Regierung. Nur, jemand der so handeln darf, muss bis ins letzte Detail seiner Handlungsberechtigung parlamentarisch kontrollierbar sein.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsst ihr dabei mithelfen, dass das Europäische Parlament stark gemacht wird. Denn wir können die Kommission nur auf der europäischen Ebene kontrollieren.

(Beifall)

Was das konkret bedeutet, gerade auch für die Gewerkschaften, mache ich an einem Beispiel vom vergangenen Mittwochabend deutlich. Ich habe am vergangenen Mittwochabend im Europäischen Parlament eine Rede zur Situation der polnischen Werften gehalten. Diese Kollegin Frau Neelie Kroes - Kollegin weiß ich nicht -, also diese Kommissarin,

(Heiterkeit)

will die polnischen Werften – das sind zugegebenermaßen Defizitunternehmen – schließen, weil sie nicht mehr rentabel sind. Sie hat am Mittwochabend das Argument vorgetragen, jeder Arbeitsplatz auf der polnischen Werft kostet pro Jahr 24.000 € an Subventionen, und das geht so nicht.

Ich habe ihr am Mittwochabend nur eine Frage gestellt. Ich habe gesagt, Frau Kommissarin, Sie müssen mir einmal Folgendes erklären: Ihr Kommissionspräsident Barroso und der Ratsvorsitzende Sarkozy waren gestern hier und haben uns erklärt, dass es überhaupt keine Alternative gibt - wahrscheinlich gibt es keine Alternative -, Hunderte von Milliarden nicht in der EU insgesamt, sondern in jedem einzelnen Mitgliedstaat der EU für die Rettung von Banken zur Verfügung zu stellen. Und Sie sagen mir: 24.000 € bei den polnischen Werften sind zu viel! - So macht man Europa kaputt. Das ist das, was nicht geht.

(Beifall)

Ich darf noch hinzufügen, welche polnischen Werften das sind. Das ist die Werft in Danzig. Das ist die Werft, deren Arbeiterinnen und Arbeiter die demokratische Wende in Polen herbeigeführt haben.

Man muss auch einmal fragen dürfen, ob es in der Politik eigentlich immer nur um Zahlenkolonnen geht oder ob es ab und zu darum geht, dass es ein symbolischer Akt ist, ob man eine solche Werft aufrechterhält oder ob man sie schließt.

Das genau ist das, was uns kaputt macht, die Gefühllosigkeit gegenüber diesem wunderbaren Projekt Europa.

Wir haben durch die überstaatlichen Lösungen, durch transnationale Lösungen, durch die Freundschaft zwischen den Völkern und die Überwindung von Hass, durch ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Integration den Krieg in Europa unmöglich gemacht. Deshalb ist Europa ein faszinierendes Projekt. Deshalb darf man nicht zulassen, dass es durch solche Methoden diskreditiert wird. Deshalb muss so etwas unter allen Umständen verhindert werden.

(Beifall)

20 der 27 Mitglieder der Europäischen Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen von Mitte-Rechts, eher von Rechts als von der Mitte. Dann haben wir sieben linke Kommissare, darunter ein Engländer bzw. jetzt eine Engländerin.

(Heiterkeit und Beifall)

Im Europäischen Parlament haben wir, die drei Linksfraktionen, 27 %, meine Fraktion, die Grünen und die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken. Zusammen haben wir etwa 290 Sitze. Die Schwarzen haben allein 278 Sitze, die Liberalen 106 Sitze. Das heißt, es gibt eine relative Mehrheit der Konservativen im Europäischen Parlament.

Glücklicherweise bedarf es zur Gesetzgebung in Europa bei jeder zweiten Lesung einer qualifizierten Mehrheit, d. h. der gesetzlichen Mehrheit, die sie ohne uns nicht kriegen. Das ist einer der Gründe, warum wir z. B. bei der Dienstleistungsrichtlinie zwar nicht durchgesetzt haben, was wir durchsetzen wollten, aber verhindert haben, dass mit der Dienstleistungsrichtlinie der Sozialstaat in Europa kaputt geschlagen wird. Nur hätte ich als Vorsitzender meiner Fraktion das Ganze unverhältnismäßig viel leichter verhindern können, wenn ich mehr Abgeordnete hätte.

Bei der letzten Europawahl sind in Deutschland 46 % der Menschen wählen gegangen. Der überwiegende Anteil derjenigen, die zur Wahl gegangen sind, kam aus dem Mitte-Rechts-Lager. Deshalb muss ich - es tut mir leid - auch auf einem solchen Gewerkschaftstag sagen: Ihr müsst nicht die SPD wählen; das kann ich nicht von euch erwarten. Es wäre nicht schlecht, wenn ihr es tätet; aber das frage ich nicht. Aber geht hin und motiviert die Kolleginnen und Kollegen, hinzugehen und eine Stimme abzugeben für ein Stück mehr an sozialer Sicherheit in Europa, statt zu sagen: Die Sonne scheint, ich fahre mit Tante Nelly in den Wald.

(Heiterkeit und Beifall)

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist ein dringender Wunsch, den ich auf diesem Gewerkschaftstag - Franz-Josef, du bist mir nicht böse, wenn ich das sage - vortrage. Wir haben bei der letzten Europawahl - auch das will ich nicht kommentieren - erlebt, dass große Teile auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesagt haben: Zeigt dem Schröder die rote Karte!

Nur, bei der Europawahl stand er nicht zur Wahl, sondern stand ich zur Wahl und meine Kolleginnen und Kollegen. Wir haben einen abbekommen. Da kann man sagen, jetzt habe ich meiner Wut so richtig Luft gemacht. Das Ergebnis ist, dass die Schwarzen die Mehrheit haben und dass Leute wie diese Frau Kroes oder Herr Barroso oder McGreevy schalten und walten können, wie sie wollen.

Europa ist da. Der Binnenmarkt ist da; der geht nicht weg, der bleibt. Was wir begreifen müssen, ist: Wir müssen ihn so gestalten, dass er für uns gut ist. Das ist möglich, wenn ihr dabei mithelft, dass wir die Linke in Europa - ich meine jetzt mich selbst - stark machen.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Europäische Union hat jetzt eine große Chance. Wir haben deshalb eine große Chance, weil für viele Menschen sichtbar geworden ist, dass man allein schwach ist und dass man gemeinschaftlich stark ist.

Stellt euch doch einmal vor, wir hätten bei dem Finanzdesaster auch noch Notenbanken in jedem einzelnen Land, die Währungsspekulationen gegeneinander betreiben würden neben den Spekulationen, die es ohnehin gibt. Die Stärke des Euro gegenüber dem Dollar hat den Euro-Raum stabiler gemacht als den Dollar-Raum.

Ich will etwas zum Euro, dem hochumstrittenen Geld, sagen. Das hat auch eine politische Dimension, nämlich die politische Dimension, dass es einen einheitlichen Wirtschaftsraum gibt, der einheitlich gestaltet werden muss, aber nicht allein von den Unternehmen und den Kapitalinteressen einheitlich gestaltet werden darf. Vielmehr liegt darin auch die Chance zur sozialen Gestaltung für uns. Das ist eine Frage der Mehrheitsverhältnisse. Denn die demokratischen Strukturen, die Gesetzgebungsstrukturen sind ja vorhanden.

Wir können im Europäischen Parlament – ich weise auf die Dienstleistungsrichtlinie oder auf die Richtlinie zur Regulierung der Finanzmärkte hin, bei der ich über die Entkoppelung von Managergehältern und Spekulationsgewinnen und eine europäische Finanzaufsicht gesprochen habe – solche Richtlinien machen, wenn wir stark genug sind. Das heißt, man kann diesen Binnenmarkt und den Euro-Raum auch sozial ausgestalten, wenn man dafür sorgt, dass es die erforderlichen Mehrheiten dafür gibt.

Politisch hat der Euro auch andere Dimensionen. Richtig, die Staaten im Euro-Raum haben ihre Souveränität aufgegeben, was die Währungspolitik angeht, aber politisch sind sie gestärkt worden.

Ich gebe euch hierzu ein Beispiel aus Spanien. Der spanische Regierungschef Zapatero hat als seine erste Amtshandlung, nachdem er in die Regierung gekommen ist, die spanischen Truppen aus dem Irak abgezogen.

Das hat er im Wahlkampf versprochen. Er hat gesagt: Unsere Soldaten machen da nicht mehr mit. Wir ziehen sie zurück.

Stellt euch doch mal vor, es hätte in einer solchen Situation noch die spanische Pesete gegeben. Wie hätte dann die Reaktion der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Währungsmarkt gegen die spanische Währung ausgesehen? – Das ist leicht vorstellbar. Gegen den Euro konnten sie nicht spekulieren. Dieses Stück Aufgabe von Währungssouveränität hat ein Stück Mehr an politischer Souveränität für dieses Land mit sich gebracht – in diesem Fall ein gutes Stück.

Damit bin ich bei einer anderen Frage, die wir zurzeit sehen. Am vergangenen Wochenende – ich weiß nicht, wer sich von euch das in den Nachrichten angeschaut hat – hat Bush Sarkozy und Barroso in Camp David empfangen. In meinen Augen war die Übernahme des Rezeptes der Europäischen Union für die Managementnotwendigkeiten dieser Finanzkrise durch die Vereinigten Staaten von Amerika keine Pressekonferenz von George Bush. Es war vielmehr die Kapitulationserklärung des schwächsten und schlechtesten US-Präsidenten in der Geschichte dieses Landes,

(Beifall)

was seine ökonomische Kompetenz angeht. Und es ist die große Chance der Europäischen Union, auf gleicher Augenhöhe mit gleicher Stärke mit den Vereinigten Staaten von Amerika an der Lösung der weltweiten Probleme zu arbeiten.

Wie wir daran arbeiten, stelle ich mir sehr konkret vor: Wenn wir Schutzschirme für Banken und den Finanzmarkt aufbauen, dann darf dies bitte nicht so wie in den Vereinigten Staaten von Amerika geschehen, wo 700 Milliarden \$ zusätzlich im Paket eingesetzt worden sind.

Ich habe mir diesen Gesetzentwurf einmal angeschaut, den Bush in den Kongress eingebracht hat. Da sieht man auch, warum ihn die Demokraten zunächst einmal aufgehalten haben. Da steht ganz viel drin, was man mit Banken machen muss. Da steht ganz viel drin, was man mit Anlagefonds machen muss. Da steht ganz viel drin, wie man den Finanzmarkt mit unmittelbaren Hilfen stabilisiert, um die Krise abzuwenden, die entstanden ist, weil die gleichen Banken der breiten Schicht von Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit einem völlig undurchschaubaren und übrigens unkontrollierten Hypothekensystem eine Finanzierung ermöglicht haben, und zwar nicht nur eine Finanzierung ihrer Häuser, sondern auch ihres alltäglichen Konsums durch die hypothekarische Belastung ihrer Häuser bis zum Gehirnmehr. Das hat zum Ergebnis, dass die gleichen Leute, die bis unters Dach die Hypotheken auf ihren Häusern liegen haben und nun auch verlieren, die Steuerzahler sind, die dieses 700-Milliarden-\$-Paket finanzieren müssen. Nur: Über deren Schutz steht in diesem 700-Milliarden-\$-Paket kein Wort drin. Deshalb sage ich: Ich bin durchaus dafür, was Sarkozy da gesagt hat. Ich meine, wenn er in späten Jahren Stamokap wird, ist mir das ja recht.

(Heiterkeit)

Aber ich bin durchaus dafür, dass man sagt: Wenn es Schutzschirme für die Finanzwirtschaft gibt, dann soll es sie im Bedarfsfall auch für die Realwirtschaft geben.

Ich komme noch einmal darauf zurück: Ja, wenn ein Unternehmen wackelt, dann soll der Staat ihm helfen und es stabilisieren. Er kann ja wieder rausgehen, wenn es stabil ist. Aber zu sagen, staatliche Interventionen seien nur im Finanzsektor sinnvoll, halte ich für falsch. Denn die Arbeitsplätze der kleinen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zählen mehr, und sie sollten uns mindestens so viel wert sein wie die Sicherheit der Firmenvorstände großer Banken.

(Beifall)

Das kann man auf europäischer Ebene regeln, aber dafür brauchen wir die Union. Kolleginnen und Kollegen, der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker pflegt zu sagen: Aus luxemburgischer Sicht ist Deutschland so groß wie China aus deutscher Sicht. Aber was ist dann erst mit Luxemburg und China?

(Heiterkeit)

Kleine Länder haben eher begriffen, dass sie nur im Geleitzug stark sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein 82-Millionen-Volk. Wir sind ein ökonomisch starkes Land. 35 % unseres Bruttosozialprodukts erwirtschaften wir, Kolleginnen und Kollegen, im Export. Und über 60 % gehen davon immer noch in die Staaten der Europäischen Union. Wir brauchen einen funktionierenden Binnenmarkt. Es ist nicht so, als wäre dieser überflüssig.

Nur, wir Europäerinnen und Europäer – auch wir hier – glauben, wir seien mit 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in den 27 Staaten der EU ein großer Kontinent. Ja, das ist ein großer Markt, und 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sind 200 Millionen mehr als in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Nur, Kolleginnen und Kollegen, China hat 1,3 Milliarden Einwohner. Und Indien hat 1,3 Milliarden Einwohner. Diese beiden Länder zusammen stellen ein Drittel der Erdbevölkerung dar, und die Tendenz ist steigend.

In Europa hingegen sinkt die Bevölkerungsrate. Im Jahre 1900 lebten auf dem Gebiet der heutigen Europäischen Union 12 % der Erdbevölkerung. Heute, im Jahre 2008, leben dort 8 % der Erdbevölkerung. Im Jahre 2050 werden hier in etwa 4 % der Erdbevölkerung leben. Heute leben bereits 92 % der Weltbevölkerung nicht in Europa, sondern woanders.

Noch hat Europa einen technologischen Vorsprung im Wettbewerb mit den anderen Kontinenten, und dieser technologische Vorsprung ist insbesondere im Hinblick auf die Produktion von Anlagen und Investitionsgütern ein immer noch unverhältnismäßig unterbewerteter, aber unwahrscheinlich wichtiger Teil der industriellen Basis der Volkswirtschaften in Europa. Die Sicherung dieses technologischen Vorsprungs ist unwahrscheinlich wichtig. Deshalb sind Bildung und Qualifizierung ein wichtiges Projekt für die Zukunftssicherung.

Auch dies will ich mit einer Zahl verdeutlichen. – Ich komme aus der Nähe von Aachen. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule in Aachen hat 27.000 Studentinnen und Studenten. In China haben im Jahre 2006 300.000 fertig ausgebildete Ingenieure die Universitäten verlassen. Ich wiederhole die Zahl noch einmal: 300.000 in einem Jahrgang. Und die RWTH Aachen hat 27.000 Studenten und ist damit die größte technische Universität der Bundesrepublik. In so einer Situation gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Leute, die Studiengebühren einführen wollen. Diese Leute haben sie nicht mehr alle. Die versündigen sich an der Zukunft!

(Lebhafter Beifall)

Man wird den Wettbewerb auch in der Manufakturindustrie innerhalb der Europäischen Union sicherlich nicht mit der Ideologie des freien Marktes nach dem Motto: „Lassen wir doch die Unternehmen jeden Standort gegen den anderen ausspielen“, und immer mehr Subventionen und immer weniger Tarifrecht stoppen. Nein, mein Konzept ist nicht, dass wir den hohen sozialen Schutzstandard, den wir in einigen Staaten Europas erreicht haben, nach unten nivellieren. Vielmehr müssen wir die niedrigen Sozialstandards in anderen Staaten nach oben drücken. Das ist das Wettbewerbsmodell, das ich mir für die Europäische Union vorstelle.

(Beifall)

Dazu gehört auch eine klare Aussage. Die Bundesrepublik Deutschland ist das größte und stärkste Land mit der größten Wirtschaftskraft in der Europäischen Union; wir sind auch der größte Beitragszahler. Aber wir stehen beim Mindestlohn an der letzten Stelle. Das ist ein Skandal, den Angela Merkel endlich abstellen muss.

(Beifall)

Frau Merkel sitzt doch im Europäischen Rat. Ich frage mich, warum sie sich eigentlich noch unter ihre konservativen Regierungskollegen traut. Denn selbst der Berlusconi hat einen Mindestlohn. Da muss man der Kanzlerin sagen, sie soll nicht hinter ihn zurückfallen. Das ist doch wirklich ein Motiv, sich für den Mindestlohn einzusetzen.

(Heiterkeit)

Deshalb glaube ich, dass wir bei der Europawahl klar sagen müssen: Wir wollen in Deutschland und europaweit eine Mindestlohnregelung unter den spezifischen Bedingungen der Länder, aber mit einem klaren Ziel: Wettbewerb in Europa soll um Kompetenz, gute Qualität und verkaufbare Güter, nicht aber um den niedrigsten Sozialstandard, um den niedrigsten Steuerstand und um den niedrigsten Lohnstandard herrschen. Das ist nicht der Wettbewerb, den wir zulassen dürfen.

Die konservativen Regierungen dieser Länder fangen jetzt allmählich an, wach zu werden. Ich gebe ein Beispiel: Bulgarien wird jetzt von uns regiert. Dort ist der Zar Simeon II. frei gewählter Ministerpräsident geworden; ein tolles Ding. Der hieß früher von Sachsen-Coburg-Gotha, er heißt jetzt Sachs-Coburg-Gotzki, so muss ich den immer nennen.

(Heiterkeit)

Der hat gesagt: Löhne nach unten, Betriebe hierher. Das Ergebnis war: Die Betriebe kommen nicht. Warum? Weil die gut qualifizierten jungen Leute in Großbritannien und Irland sitzen, weil sie da das Zehnfache von dem verdienen, was sie zu Hause verdienen. Jetzt laufen die alle herum und wollen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die sie jahrelang gefordert haben, wieder eingeschränkt wird, weil ihnen die jungen Leute weggelaufen sind.

Da kann ich doch nur sagen: Das ist das Ergebnis eines völlig dummen Wettbewerbs von Einkommen nach unten. Worum es geht, ist, dass einer, der vollständig arbeitet, ein würdiges Einkommen mit seiner Arbeit erwirtschaftet, aus dem er sich und seine Familie würdig ernähren kann. Das geht nicht über Dumping nach unten!

(Beifall)

Deshalb werden wir auch den Mindestlohn zum Gegenstand der Europawahl-Auseinandersetzung machen.

Ich will zum Schluss, bevor ich mich herzlich für die freundlichen Minuten bedanke, die ich hier erleben durfte
—,

(Heiterkeit)

- man hat es auch schon mal schwerer, muss ich sagen, als bei euch –

(Heiterkeit)

einen persönlichen Satz an Sie, die Delegierten dieses Gewerkschaftskongresses, richten. Alles, was wir im sozialen Bereich diskutieren, alles, was wir im ökonomischen, im ökologischen Bereich diskutieren, all die Dinge, die wir kontrovers – ob in der Personalpolitik, in welchen Bereichen der Finanzpolitik auch immer – diskutieren, ist beherrschbar. All das kann man verändern. Aber eines dürfen wir bei all diesen Veränderungsdebatten nicht vergessen: Die Europäische Union, wie sie heute existiert, ist auch eine historische Antwort auf eine andere Zeit auf diesem Kontinent.

Die EU ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sozusagen der Nukleus, der Kern, aus dem später die EWG, die EG und heute die EU entstanden sind, war eine Antwort auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt durch den 1. und den 2. Weltkrieg, durch

die Zwischenkriegszeit, durch die Faschisierung dieses Kontinents nach dem 2. Weltkrieg, durch den Tiefpunkt der Menschheitsgeschichte in Auschwitz. Nach dem 2. Weltkrieg haben kluge Männer und Frauen in Europa eine andere Antwort gegeben als nach dem 1. Weltkrieg. Nach dem 1. Weltkrieg war die Antwort Revanche, Rache, Unterwerfung mit den bekannten Ergebnissen. Nach dem 2. Weltkrieg haben Männer und Frauen versucht, zu sagen: Integration, Kooperation und Versöhnung sind ein anderes Rezept. Das ist gelungen.

Wenn Sie gestatten, will ich Ihnen eine persönliche Sache sagen. Ich habe vor ganz wenigen Tagen durch Zufall noch einmal das Hochzeitsfoto meiner Eltern entdeckt. Meine Eltern haben 1940 geheiratet. Da stehen ein Mann in Uniform und eine eigentlich nicht sehr glücklich dreinschauende Frau. Mein Vater war Soldat der Wehrmacht, wie eine ganze Generation. Warum haben meine Eltern, die sich 1939 kennengelernt hatten, im April 1940 geheiratet? Wenn er gefallen wäre, hätte meine Mutter Kriegerwitwenrente bekommen. Das war eine Generation, die vor dem Traualtar darüber nachgedacht hat. Das ist vorbei.

Ich bin heute Vorsitzender einer parlamentarischen Fraktion, in der ein Abgeordneter sitzt, der den Wahlkreis vertritt, in dem das Kriegsgefangenenlager war, in dem mein Vater in englischer Kriegsgefangenschaft war. In meiner Fraktion sitzen auch jüdische Abgeordnete, die einen Deutschen zu ihrem Fraktionsvorsitzenden wählen. In meiner Fraktion sitzen Polen, die im polnischen antikommunistischen Widerstand waren. In meiner Fraktion sitzen auch Italiener, die im Widerstand gegen die Deutschen waren. In meiner Fraktion sitzen Abgeordnete, deren Eltern in deutschen Konzentrationslagern umgebracht worden sind. Aber in meiner Fraktion führt eben ein Deutscher, der aus der Partei kommt, deren 94 Abgeordnete im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz aufgestanden sind.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil ich glaube, dass Europa uns Frieden gebracht hat, weil ich glaube, dass die europäische Idee der Einigung über das Trennende zwischen den Völkern hinaus eine faszinierende Idee ist, die man sich nicht kaputt machen lassen darf, für die man kämpfen muss. Deshalb schließe ich mit dem, womit ich begonnen habe: Europa ist eine faszinierende Idee. Es wird nur schlecht, weil rechts, regiert. Lassen Sie uns Europa ein Stück weiter nach links schieben. – Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)